

Wolfgang Thierse

So fern – so nah**150 Jahre Sozialdemokratie und die Kirchen**

Wenn man über das Verhältnis zwischen der SPD und den Kirchen diskutiert, hört man schon mal den Vorschlag: »Mehr Bebel und weniger Bibel«. Eine befremdliche Empfehlung, wie ich finde. Soll das etwa bedeuten: Zurück ins 19. Jahrhundert? Zurück in eine Zeit, in der sich Christentum und Sozialismus »wie Feuer und Wasser« (August Bebel) gegenüberstanden? Sicherlich war das Verhältnis von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu den christlichen Kirchen über lange Zeit angespannt und konfliktreich, ein Verhältnis des Gegeneinanders, der Fremdheit, eigentlich fast ein Nichtverhältnis. Und es war ein sehr weiter Weg, ein Prozess erheblicher Veränderungen auf beiden Seiten, der bis zum heutigen partnerschaftlichen Verhältnis zwischen der SPD und den Kirchen geführt hat.

Die frühe Arbeiterbewegung und die junge SPD erfuhren ihre Prägungen ganz wesentlich durch die Religionskritik der materialistischen französischen Aufklärungsphilosophen, durch Feuerbach und Marx, durch den Zeitgeist des 19. Jahrhunderts, der durch den Darwinismus und den Positivismus und Optimismus der Wissenschaften geprägt war. Die Vorstellung von einem gesetzmäßigen Gang der Geschichte, ihrer gewissermaßen unaufhaltsamen Aufwärtsbewegung mag uns ziemlich fremd geworden sein, aber sie war wohl eine notwendige »heroische Illusion« (Marx) für eine Bewegung, die ganz unten begann. Der Linkshegelianismus trug in der Arbeiterbewegung politische Früchte – z.B. im Geschichtsoptimismus von August Bebel. Und wenn man die Einleitung *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* von Karl Marx liest, wird man sich auch heute ihrer Wirkung, ihrem Pathos nicht gänzlich ent-

**Wolfgang Thierse**

(* 1943) war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2005 ist er Vizepräsident. Er ist zudem Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de

ziehen können: »Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik. (...) Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist. Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.«

Man kennt diese Sätze. Und ich erinnere mich auch an deren einengende, folgenreiche Auslegung in der kommunistischen Welt. Aber was da bei Marx auf so pointierte Weise ausgedrückt wurde, das entsprach der realen Erfahrung der Armen und Unterdrückten, also der proletarischen Klasse: Die Verbindung von Thron und Altar, die Kirchen als Teil der Obrigkeit, die Religion als Herrschaftsinstrument.

Keine Brücken, keine Verständigung, kein Verständnis

Die Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft machte die einfache und brutale Erfahrung, dass sich zu ihrer Abwehr die politischen Gegner mit Kirche und Religion wappneten, um die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verteidigen, die die

Arbeiterbewegung zu überwinden trachtete. Auch die Unterstützung der Sozialistengesetze durch die Kirchen zählte zu den negativen Erfahrungen der jungen Sozialdemokratie. Man mag zudem die lange Liste von kirchlichen Verdammungsurteilen gegen die Sozialdemokratie gar nicht aufblättern.

Trotz Ausnahmen wie Johann Heinrich Wichern oder Bischof Ketteler gab es keine Brücken, keine Verständigung, kein Verständnis. Sozialismus war für die Kirchen der Inbegriff organisierter säkularistischer Gegenkirchlichkeit.

Das galt für beide Kirchen bis in die 30er Jahre hinein. Nach 1931 dekretierte Pius XI. in seiner Enzyklika »Quadragesimo Anno«: »Der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung (...) bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar. (...). Es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein«.

Das ist alles weit weg, aber man muss es sich vergegenwärtigen, um zu verstehen, warum es zu der Bebel'schen Formel von Feuer und Wasser gekommen ist. Es war nicht ein eingebildeter, nicht ein nur ideologischer, sondern ein wirklich auch in getrennten Sozial- und Kulturmilieus erlebter, erfahrener Gegensatz – der zu einer nahezu selbstverständlichen antikirchlichen Haltung, zu einem ganz alltäglichen Atheismus in der Arbeiterbewegung führte. Er findet sich in allen programmatischen Texten der frühen Sozialdemokratie wieder – in der entschiedenen Forderung nach der Trennung der Kirche vom Staat, der Schule von der Kirche.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Formulierung des Erfurter Programms der SPD von 1891 – »Religion ist Privatsache« – als eine vorläufige Plattform der innerparteilichen Verständigung. Für die einen war es eine kritische Abwehrformel, für die anderen ein Ausdruck theoretischer Überlegenheit. Aber genau mit dieser Formel

wurde die SPD – so sehr sie in späteren Jahrzehnten auch Kirchengaustrittsbewegungen unterstützte – nie eine Partei nur von Atheisten oder gar eines obligatorischen Atheismus. Man musste nicht mit dem Parteieintritt seinen Kirchengaustritt erklären. Erst die SED war es, die in der Tradition eines unaufgeklärten, kämpferischen Atheismus versuchte, von Staats wegen Religion und Kirche zu überwinden, zunächst durchaus militant, später dann in der Weise, dass sie den Kirchen und Christen den Anspruch auf Öffentlichkeit und selbstbestimmte gesellschaftliche Wirksamkeit bestritt und beschränkte: Religion sei – bestenfalls – Privatsache. Dass es nicht zuletzt Christen waren, die zur Überwindung des SED-Staates beitrugen und übrigens auch die SPD in der DDR gründeten, ist daher eine schöne Pointe der Geschichte, die man auch in der SPD nicht vergessen sollte.

Die Fronten lockern sich

1918, im Programm der Volksbeauftragten, der Revolutionsregierung von MSPD und USPD, findet sich zum ersten Mal die positive Festlegung: »Die Freiheit der Religionsausübung wird geleistet«. In der Weimarer Verfassung sind dann Religionsfreiheit, Trennung von Kirche und Staat, das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften verankert, Grundsätze, die bis heute gelten. In der Weimarer Republik geriet einiges, wenn auch vorsichtig, zwischen den Fronten in Bewegung. Ich erinnere an den Bund religiöser Sozialisten, an die Dialogbereitschaft von Theologen wie Karl Barth und Paul Tillich, an die Antwortversuche von »rechten« Sozialdemokraten wie Theodor Haubach, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein.

Es waren auf beiden Seiten kleine Gruppen, nicht Mehrheiten. Ihr Einfluss wurde größer nach der Erfahrung der Nazidiktatur, man kam sich näher durch Verfolgung und Widerstand.

Und tatsächlich: In der Entschließung der kulturpolitischen Konferenz der SPD 1947 in Ziegenhain heißt es: »Kämpferisches Bewusstsein der unterdrückten Klassen, Wille zur Menschlichkeit, religiöse (!) und sittliche Verpflichtung vereinigen sich in der Sozialdemokratie zu einer gemeinsamen Kraft, die Welt zu verändern...« Da wird eine Bewegung sichtbar, die die bisher starren Fronten lockert und überwindet. Unterstützt vor allem auf evangelischer Seite – auch durch manche Schulbekenntnisse der Kirche. Willi Eichler, der programmatische Denker der SPD dieser Zeit, plädierte etwa 1949 für ein »Bündnis der guten Christen und der guten Sozialisten, für das Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der Anständigen, Gläubigen und seelisch gefestigten Vertreter einer sittlichen und rechtlich-moralischen Ordnung«.

In der SPD und ihrer Bundestagsfraktion bildete sich ein protestantischer Flügel heraus, zunächst um den »Kronjuristen« Adolf Arndt, dann erheblich verstärkt durch Gustav Heinemann und weitere Mitglieder seiner aufgelösten Gesamtdeutschen Volkspartei: Johannes Rau, Erhard Eppler, Jürgen Schmude, Friedhelm Farthmann, Diether Posser und die ehemalige Zentrumsvorsitzende Helene Wessel. Auf katholischer Seite ging es erheblich zögerlicher zu. Wahlempfehlungen zugunsten der CDU gab es von der Bischofskonferenz noch bis 1980. Erinnerung sei aber doch an das Wirken von Walter Dirks und Eugen Kogon, an die *Frankfurter Hefte*, an die Gespräche der 50er Jahre im Dominikanerkloster Walberberg bei Bonn und schließlich an die erste öffentliche Begegnung zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus im Januar 1958 in der Katholischen Akademie in München, an der auf katholischer Seite die berühmten Jesuiten-Professoren Gundlach und von Nell-Breuning teilnahmen und für die SPD Carlo Schmid, Adolf Arndt, Waldemar von Knoeringen. Konrad Adenauer hatte diese damals spek-

takuläre Tagung durch Intervention beim Vatikan zu verhindern versucht.

Das Konzil stellte dann in der Pastoralkonstitution »Gaudium et spes« klar, dass es bei »Fragen der Ordnung irdischer Dinge« unterschiedliche Meinungen geben könne und niemand das Recht habe, ausschließlich für seine Position kirchliche Autorität in Anspruch zu nehmen«. Das hätte schon damals zu einer Öffnung auch hin zur SPD führen können. Aber es dauerte.

Öffnung zu den Christen

Von Seiten der SPD bildet das Godesberger Programm von 1959 die eigentliche Zäsur in ihrem Verhältnis zu den Kirchen. Die entscheidenden Sätze darin lauten: »Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz. Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit«. Willy Brandt benennt als die entscheidenden Punkte der Godesberger Neuorientierung der SPD 20 Jahre später:

»1. Die SPD verzichtet auf eine verbindlich festgeschriebene Analyse von Welt und Mensch, die Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erheben könnte, ebenso wie auf eine geschichtsphilosophisch begründete Utopie.

2. Die SPD sieht die Motivation, für ihre Ziele zu wirken, in den Grundwerten gegeben: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Keiner dieser drei wird absolut gesetzt, alle drei bedingen sich wechselseitig.

3. Die SPD versteht sich folgerichtig als eine (...) Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen«.

Godesberg, das war – um es kurz und pointiert zu sagen – der Abschied von der Klassenpartei, der Abschied von einer atheistisch geprägten Weltanschauungspartei.

Erst und gerade auch die Öffnung zu den Christen, die Formulierung eines neuen, partnerschaftlichen Verhältnisses zu den Kirchen machte die SPD zu einer Volkspartei, erst dadurch wurde sie mehrheitsfähig und konnte (auf Bundesebene) Wahlen gewinnen.

Heute gehören – nach einer Parteien-Untersuchung aus dem Jahr 2009 – 73 % der SPD-Mitglieder einer Kirche oder Religionsgemeinschaft an. Das sind mehr als in der Bevölkerung – und das finde ich durchaus nicht überraschend. Denn Religion, wenn sie das Gebot der Nächstenliebe ernst nimmt, motiviert zu sozialem Engagement, zum Einsatz für die Anderen, für das Gemeinwohl. Heute ist die SPD eine weltanschaulich-plurale Partei (wie sie es auch sozial und kulturell ist), und auch deshalb ist sie eine Volkspartei. In ihr arbeiten, wie es im aktuell gültigen Hamburger Programm von 2007 heißt, »Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugung zusammen.

Sie verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat.« Es war ein langer Weg – zu einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen SPD und Kirchen, zu wechselseitiger Anerkennung und Wertschätzung.

Vor verwandten Herausforderungen

Inzwischen ist das partnerschaftliche Zusammenwirken zwischen Kirchen und SPD tiefer zu begründen und m.E. auch tiefer begründet.

In der Auseinandersetzung und Erfahrung mit nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur haben Sozialdemokraten (endgültig) gelernt, politischen Heilsversprechen zu misstrauen und politischen Totalitätsansprüchen zu widerstehen. Deshalb heißt es im Hamburger Programm: »Wir widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen. Wenn Politik selbst Glück und Erfüllung verspricht, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.«

Sozialdemokraten wissen um die Grenzen von Politik. Gerade für eine Partei, der es um wertefundierte und werteorientierte Politik geht, sind die nichtpolitischen, sind die philosophisch-religiös begründeten ethischen Voraussetzungen von Politik von besonderem Gewicht, ja von besonders pfleglich zu behandelnder Kostbarkeit. Gemeinsame Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und davon, was Menschenwürde und Toleranz meinen – also gemeinsame Normen, Maßstäbe und Werte –, sind nicht einfach da, sondern müssen tradiert, vitalisiert und durch Bildung und Beispiel weitergegeben werden. Das kann Politik nicht, jedenfalls nicht allein und zuerst. Das ist der Sinn des oft zitierten Satzes von Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.«

Unser Bild vom Menschen ist anders und reicher als die Verkürzung, die der Markt vornimmt, der den Menschen auf die beiden Rollen reduziert, in denen er den Menschen nur kennt, nämlich als Arbeitskraft und Konsument. Sozialdemokratische Politik ist der entschiedene Einspruch gegen diese Verkürzung.

Die SPD versteht sich seit ihren Anfängen als eine Partei der nationalen und internationalen Solidarität. Der Einsatz für Frieden durch Gerechtigkeit und Entwicklung ist Grundpfeiler sozialdemokratischer Außenpolitik. Frieden zu ermöglichen durch eine Politik des Abbaus von Feindbildern,

also Entspannungspolitik; Frieden zu ermöglichen durch eine Politik internationaler Gerechtigkeit, also verantwortliche Nord-Süd-Politik; Frieden zu ermöglichen durch eine Politik der Bewahrung der Schöpfung; Das sind grundlegende Verpflichtungen für die Sozialdemokratie, die sie – manchmal mit sogar geschichtsmächtigem Erfolg – zu erfüllen trachtet.

Es gibt genügend Verbindungspunkte zwischen der SPD und den Kirchen und Religionsgemeinschaften und – ich betone es – auch anderen Weltanschauungsgemeinschaften. Ihr Zusammenwirken ist und bleibt notwendig – um der Zukunft der Demokratie als politischer Lebensform der Freiheit willen, um der Zukunft der Gerechtigkeit willen (den Sozialstaat eingeschlossen) als einer notwendigen Grundlage gelingender, stabiler Demokratie. Es gibt genug Stoff für politische Gemeinsamkeiten – ohne Alleinvertretungs- oder politisch-moralische Monopolansprüche. Alleinseligmachend (sprich alternativlos), das gibt es in der Politik nicht. Sozialdemokratie und Kirchen haben gewiss und selbstverständlich unterschiedliche Auf-

gaben. Aber sie stehen auch vor einer durchaus verwandten Herausforderung, nämlich Antworten zu finden auf die wachsende soziale, kulturelle und weltanschauliche Heterogenität und Pluralität der Gesellschaft, ohne dabei an Kenntlichkeit und Überzeugungskraft zu verlieren. Peter Glotz, ehemaliger Chefredakteur der NG/FH und Chef-Intellektueller der SPD, hat vor 10 Jahren geschrieben, »dass durch eine reinliche Trennung von Staat und Kirche« – ich ergänze: durch eine Entgensetzung von SPD und Kirchen – »diejenige Fraktion gestärkt würde, die ohnehin schon die stärkste ist, die der Salon-, der Feld-, Wald- und Wiesen-Relativisten. Eine solche reinliche Scheidung würde die Kommunikation – und den Streit – authentischer Sprecher mindern. Das wäre ein Schaden für eine Gesellschaft, deren größte Gefahr die Segmentierung, das Auseinanderfallen ist.«

Von wegen »Mehr Bebel und weniger Bibel«! Nein, vielmehr immer wieder zu erneuernde Partnerschaft, Zuhören und Streit, Diskussion und gemeinsames Handeln, wo möglich und nötig. Das ist es! ■

Jürgen Kocka

Geschichtsbilanz und Gegenwartskritik

Tony Judt und Timothy Snyder im Dialog

»Man soll nicht nur über Dinge schreiben, von denen man etwas versteht. Genau so wichtig, womöglich noch wichtiger ist es, über die Dinge zu schreiben, die einem am Herzen liegen.« So Tony Judt, der 2010 verstorbene englisch-amerikanische Historiker und Intellektuelle, in diesem Buch, in dem sein Leben, seine Arbeiten und seine weit gespannten Reflexionen über Geschichte und Gegenwart im Mittelpunkt stehen. Es resultiert aus Gesprächen, die 2009 zwischen dem an einer rasch fort-



Jürgen Kocka

(* 1941) Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin und Mit-Herausgeber der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte, war Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

kocka@wzb.eu

schreitenden Nervenkrankheit leidenden, zunehmend gelähmten und bald unbeweglich liegenden, aber weiter zu ungehin-